



Ich vom platten Lande, haben mir wiederholt ihren Dank und Zufriedenheit für das ausgesprochen, was von der Regierung und den Reichsräten für sie geschehen ist. Die Lehrer sollten sich darüber freuen und im Hinblick auf die Vergleiche ziehen, ob ein Kollege in einem anderen Orte etwas mehr hat. So weit die Regierung die Verfügung darüber hat, wird sie wie bisher dahin wirken, daß jungen Lehrern nicht die Zeitung von Schulen übertragen wird. Den Lehrern kann es überlassen bleiben, welchem Berufsvereine sie beitreten wollen, und es ist nicht richtig, ihnen irgend einen Einfluß für oder gegen einen Verein auszuüben. Weirührungen, die dahin gehen, den Schülern Liebe zur Heimat nahelegen, werde ich gern unterstützen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Den Konfessionsvertrag auf Bezeichnung der Lehrereinnennungen haben wir im Vorjahre abgeschlossen, weil er in der Beschäftigung von Lehrern immer weiter und immer weiter gehen sollte. Wir werden ohnehin bald eine Lebensproduktion an Lehrern haben und sollten uns hüten, in eine Verwirrung hineinzugehen. Herrn von Heßling kann ich in der Durchführung der Hochschulreform zustimmen. Im selben Jahre sollte jeder der Landrat schon eine besondere Stellung in der Leitung dieses Berufsvereins erhalten, um die Unterbringung eines bestimmten Lehrerevirens zu ermöglichen. Die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

**Abg. Hoff (fortf. Sp.):** Die deutschen Lehrer in Oberdeutschland sind nicht zufrieden mit der Erziehung, sondern wollen auch ein Recht haben auf den Unterricht und die Weltanschauung der nationalen Gesetze. Von den oberdeutschen Gemeinden, die bis 600 Prozent kommunikativer Erhöhung und die noch überwinden aus Industrieberufen zusammenziehen, sollte man nicht verlangen für die Lehrer erwarten. Wenn die Fülle des Religionsunterrichtes die Erziehung zur Weltanschauung ist, kann es doch nicht sein, ob dieses Ziel in politischer oder beruflicher Sprache erreicht wird. Politische Kräfte haben in Preußen darüber, wie die deutschen Lehrer sie machen und beschließen.

in allgemeinen nicht ablehnend gegenüber. In der Aufrechterhaltung der Landesversicherungsämter liegt gar kein Anlaß mehr vor, sie aufzulösen. Die Einseitigkeit der Beschäftigung der Krankenversicherung wird man zum Schaden der Selbstverwaltung den Arbeitern ganz ohne Not ein altes Recht, das sie haben zu besitzen, nehmen. Unbeliebige bei den Krankenkassen sind nicht erwiesen; eher ist dies der Fall bei den Berufsvereinigungen und den Landesversicherungsämtern. Für politische Wirksamkeit bei den Krankenkassen Material überhaupt nicht erbracht worden. Zu dauern ist die Beibehaltung der Betriebskassen. Schaffen Sie eine einheitliche Klassenorganisation, dann sind wir auch bereit, die freien Kassen aufzugeben.

**Abg. Heide (Hessl.):** Die Vorlage hat eine so verheerendartige Kritik gefunden im Hause und außerhalb, daß nicht daran zu denken ist, daß sie in der bevorstehenden Sitzung aufgebracht kommt. Der Gehalte der Vereinigungen hat diesen ganzen Bau sehr kompliziert, daher rührt ja auch der laut gewordene Widerstand gegen den einheitlichen Unterbau in Versicherungsämtern. Die Regierung hat erklärt, politische Momente hätten bei dem Entwurf gar nicht mitgezählt. Sie sind aber doch überzeugt, daß sie sich hat leisten lassen, den Einfluß der Sozialdemokraten bei den Krankenkassen auszugleichen. (Sehr richtig) rechts. Aber dann hätte sie, die Regierung, das auch rund heraus erklären müssen. (Entweder sehr richtig) rechts. Tut sie das nicht, so ist es nicht unsere Sache, ihr die Manieren aus dem Feuer zu holen. Wir unterkreuzen lieber allerdings dabei, daß der überwindende Einfluß der Sozialdemokraten auf die Krankenkassen durch eine Herabwürdigung einer öffentlichen Volksfürsicht erweist. (Beifall rechts). Die Christenvereine sind die Konjumvereine sind für die Sozialdemokraten nur Einrichtungen zur sozialdemokratischen Schulung der Massen. Sie sind gewissermaßen ihre Unteroffizierskassen und zugleich ihre Versorgungsanstalten für die Sozialdemokraten. (Sehr richtig) rechts. Die Beiträge zu halbierten und doch die bisherigen Renten beizubehalten, kann nicht ernst genommen werden. Mit der Ausschaltung der Privatbeamtenversicherung sind wir einverstanden. Wir verlangen Aufrechterhaltung der Betriebskassen, da sie besser und billiger sind als die Christenvereine.

**Abg. Dr. Burdard (Hessl.):** Die Vorlage würde, wenn sie unverändert Gesetz würde, den Apothekern vielfach geradezu verheerend werden. Die meisten Apotheker stehen noch nicht so gut wie die Seher des Vorwärts. Die Bestimmungen über die Apothekerrabatte besitzen bringend der Abänderung. Ein Schlußantrag ist eingekommen. Die Vorlage geht an eine Kommission für 28 Mitglieder. Es folgt die Fortsetzung der ersten Lesung der

**Abg. Anden (Hessl.):** Trotz der scharfen Kritik, die von allen Seiten an der Vorlage gemacht wird, hat die Regierung sie aber unverändert eingebracht. Die Vorlage ist sehr fortschrittlich, sondern ein Rückschritt. Sie wird eine Einschränkung des Verkehrs zur Folge haben, die in unserem Zeitalter des Verkehrs geradezu unglücklich ist.

**Abg. Graf Weizsäcker (Hessl.):** Die Vorlage ist von den großhiesigen Kreisen mit dem Wunsch nach Sachlichkeit und Empörung bekräftigt worden, das heute unermesslich geworden ist sein. Trotz aller Überlieferungen aber halten wir uns für verpflichtet, auf die Interessen von Handel und Industrie die gebührende Rücksicht zu nehmen. Eine gestaffelte Kaufgebühr auf Grund von Schindproben scheint uns nicht das Richtige zu sein. Was das Beste ist, ist die Abschaffung der Kommissionshandlung. Von einer Verbotung des platten Landes in dieser Vorlage kann in keiner Weise die Rede sein. Aber wenn man etwas durchsetzen will, dann sagt man fast immer über agrarische Begehrliebe. Die Großstädter vergessen immer nur zu leicht, daß auf dem Lande auch Leute wohnen und zwar nicht nur Landwirte, sondern auch Arbeiter. Die Abschaffung der Kommissionshandlung bis zu 25 Kilometer würde den Wert des Telephons für das flache Land außerordentlich steigern und den Verkehr haben. In diesem Sinne werden wir in der Kommission tätig sein, um die Vorlage zu verbessern. (Beifall rechts).

**Abg. Hümpf (fortf. Sp.):** Der Widerstand gegen diese Vorlage richtet sich hauptsächlich gegen das Juxel an Reglementierung und Bureauplatzierung, nicht so sehr gegen die Festsetzung des Fernverkehrs. Das ist es auch, weshalb sich Handel und Gewerbe diesen neuen Verfügungen widersetzen. Die Vorlage hat das System der Einzelgespräche. Im Jahre 1899 war die Veranschaulichung gerade die Hauptursache entgegen. Der Staatssekretär selber geht davon aus, daß durch die Verteuerung auch eine Verringerung des Verkehrs eintreten werde. Aber gerade wegen dieser Folge der Verteuerung müßte sie unterbleiben. Wenn die Technik alles tun, um den Verkehr zu einem fortgeschrittenen zu machen, so ist es an allen-erstens die Veranschaulichung, gerade die künstliche Maßnahmen der Verkehrsfortschritt zu hemmen, durch künstliche Maßnahmen.

**Abg. Heide (Hessl.):** Wie muß dem Hause danken für die wohlwollende, laudable Kritik. Das Publikum hat das System der reinen Gesprächszahlung im allgemeinen ganz gut aufgenommen. Auch bei den letzten Doppeljuxel ist ja doch die Gesprächszahlung bevorzugt worden. Man nennt das vorgelegte neue System rigoros, namentlich auch für die kleineren Leute. Dem gegenüber stelle ich fest, daß alle Teilnehmer, die nicht aber als einmal im Jahre sprechen, nicht einen Penny mehr zu zahlen haben als bisher. So kann man doch nicht sagen, daß die kleinen Leute bei den neuen System der Einzelgespräche Zahlung gezwungen werden. Das gleiche gilt für die Stellung in der Kommission. Man möge die Vorlage sich als falsch und manche Wünsche sich als unerschütterlich herausstellen werden.

**Abg. Heide (Hessl.):** Man beweise das Telephon nicht einseitig nach seinen Einnahmen. Zahlreiche ist, daß gegenüber den städtischen Kaufmännischen Kreisen eine Verteuerung eintritt. Der Reueintrag der Vorlage hätte abermalige Anhebung der telephonschen Preise voraussetzen sollen. Unerschütterlich ist aber ein Kolportier.

**Abg. Heide (Hessl.):** Wie soll gegen die Vorlage, weil sie den Verkehr verteuert und erschwert. Wir würden am liebsten auch gegen Kommissionsberatung stimmen.

**Abg. Heide (Hessl.):** Wie soll gegen die Vorlage, weil sie den Verkehr verteuert und erschwert. Wir würden am liebsten auch gegen Kommissionsberatung stimmen.

**Abg. Heide (Hessl.):** Wie soll gegen die Vorlage, weil sie den Verkehr verteuert und erschwert. Wir würden am liebsten auch gegen Kommissionsberatung stimmen.

**Abg. Heide (Hessl.):** Wie soll gegen die Vorlage, weil sie den Verkehr verteuert und erschwert. Wir würden am liebsten auch gegen Kommissionsberatung stimmen.

**Abg. Heide (Hessl.):** Wie soll gegen die Vorlage, weil sie den Verkehr verteuert und erschwert. Wir würden am liebsten auch gegen Kommissionsberatung stimmen.

**Abg. Heide (Hessl.):** Wie soll gegen die Vorlage, weil sie den Verkehr verteuert und erschwert. Wir würden am liebsten auch gegen Kommissionsberatung stimmen.

**Abg. Heide (Hessl.):** Wie soll gegen die Vorlage, weil sie den Verkehr verteuert und erschwert. Wir würden am liebsten auch gegen Kommissionsberatung stimmen.

Im englischen Oberhause scheint es jetzt, als ob am 24. Mai die Reformresolutionen Lord Roseberys und in der darauf folgenden Woche die Reformresolutionen der Regierung zur Verhandlung kommen werden. Damit ist eine enorme Krise ebenfalls bis Anfang Juni hinausgeschoben. Auf eine Anfrage Lord Roseberys über die englische Politik in Bezug auf die persische Regierung und die britische Politik gegenüber Persien im allgemeinen erklärte Lord Roseberys, die Verhandlungen in der Angelegenheit seien abgebrochen worden, weil die persische Regierung keine Willigkeit gezeigt habe, den von der englischen und russischen Regierung verlangten Bedingungen zu entsprechen. Im übrigen ist die britische Regierung der persischen Regierung und Nation gegenüber ausschließlich von Gefühlen des größten Wohlwollens befeuert, aber in diesem besonderen Falle habe die britische Regierung es doch für notwendig gefunden, an den erwähnten Bedingungen festzuhalten. Mit dieser Erklärung des Lord Roseberys erklärte sich der Führer der Opposition, Lord Lansdowne, einverstanden.

**Unruhen in Vorderindien.** In Rakkitta wird der Ausbruch von Unruhen im Gebiet von Chota Nagpur (Bengalen) befürchtet, da die Eingeborenen sich weigern, die englische Herrschaft anzuerkennen. In den betreffenden Landstrichen wird die Riegströmung gerührt, doch ist es bisher zu direkten Feindseligkeiten noch nicht gekommen. Zur Abordnung der Eingeborenen sind reguläre und Polizeitruppen zusammengezogen.

**Aus Nah und Fern.** Prosch gegen 27 Sozial-Revolutionäre. Vor dem Appellhof zu Moskau begann am Mittwoch mit Ausschluß der Öffentlichkeit die Verhandlung des Prozesses gegen eine Gruppe der Moskauer Sozialisten der Sozial-Revolutionäre. 27 Angeklagte sitzen vor Gericht; unter ihnen befindet sich der englische Unterarzt Watson. Die Anklage lautet auf Zugehörigkeit zu einer revolutionären Gesellschaft, und zwar zum Zweck des Umsturzes der Staatsordnung, der Einberufung einer konstituierenden Versammlung, der Erwidmung einer demokratischen Republik, der Propaganda für den Terror und des bewaffneten Aufstandes und der sozialistischen Erziehung der Massen für den aktiven revolutionären Kampf.

**In der Schindlerkammer gegen den Schindlermeister wegen Ausprägung für sechs Monate wegen Nichtzahlung des Hand geltens der Schindlermeister vom Landgericht Eisen an. Das Urteil ging dahin, daß die Klage abgewiesen sei, insofern ein Schadensersatz für die ersten sechs Monate nach der Ausprägung geltend gemacht wird der Klagenanspruch im Grunde für gerechtfertigt erklärt.**

**Rechtler Streit.** In Frankfurt a. M. ist der Streit der Schuhmacher nach fünfjähriger Dauer beendet worden. **Rechtler Streit.** In Nordhessen von Berlin hat sich gestern der 34-jährige Schuhmachermeister A. K. mit seinem hiesigen hiesigen Schindler durch Verhandlung vertragen.

**Schwerer Mordanschlag in Berlin.** Nach Wundungen an Kranke, Kopfo und Halsgegend am 19. d. in der Kreuzstraße, sieben ein Mordanschlag. Ein großer Teil von Kranke steht unter Wasser. Nach den bisherigen Nachrichten sind sechs Menschen ertrunken. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen. Es wird eifrig daran gearbeitet, der internationalen Verkehr auf der Linie Berlin-Wien aufrechtzuerhalten. Der Verkehr wird nach den ersten Schätzungen mehrere Millionen. Viele Orte Weisereisen werden postweise gefährdet.

**Ein Angriff im Gerichtsamt.** Als ein bereits mehrfach verurteilter Arbeiter Meusel am Mittwoch von der Staatsanwaltschaft wegen Betruges zu einem Jahre Gefängnis und drei Monaten Haft verurteilt wurde, wurde er durch einen Anwalt und durch ihn gegen den Staatsanwalt; mit einem zweiten Urteil verurteilt er auf die Gerichtsbehörden und Polizeibeamten ein, nur mit großer Mühe konnte der Wütende überwinden werden.

**Provinz Sachsen und Umgebung.** - **Barleben.** 20. April. (Meißnerische) Hier kam es in der Nacht zum Montag zwischen mehreren Leuten zu einem heftigen Streik, der sich auf der Straße fortsetzte und in Tätlichkeiten überging. Dabei wurde der Arbeiter Hermann Sieger durch einen Meißnerisch so schwer verletzt, daß er nach wenigen Minuten starb.

**Leipzig.** 20. April. (Meißnerische) Die hier vorgenommene Verhaftungen) erzählt der „L. A. M.“ nach folgendes: Bei der hiesigen Staatsanwaltschaft war vor kurzen die Anzeige eingelaufen, daß ein Kreis bekannter Personen Leipzig sich im Sinne des § 175 veranlassen habe, und zwar mit hiesigen Meißnerern. Diese wurden darauf polizeilich vernommen; sie hielten jedoch ab, daß sie selbst beteiligt gewesen seien, sie hätten nur apostrophische Befestlungen zu bezeugen gehabt. Die Staatsanwaltschaft ordnete darauf die kommunifizierende Vernehmung der Verdächtigten an. Zwei der betreffenden Herren traten sofort eine Reise ins Ausland an, vier Personen waren am Montag um 3 Uhr vor ihre Entlassung noch nicht erfolgt, trotzdem von ihnen jede Schuld bestritten wird.

**Wittenburg.** 20. April. (Meißnerische) Die die „Wittenburger Zeitung“ meldet, wurden am Dienstag in dem benachbarten Holz auf Hillefeld von Dr. Friedrich Hillefeldt Zwillinge männlichen Geschlechts gefordert, die nach der Geburt starben. Von dem Abel ab bis zu den Säulen mit Rauch und Rauch zusammengehängt, beide bei gemeinsamer Rumpfung vier Acker, zwei Säule, zwei Säule, zwei Säulen und vier Säulen. Das Präparat wurde der äußeren Selteneit halber der Universität Leipzig zugesandt.

**Eisenach.** 20. April. (Meißnerische) Einzug des Großherzogspaares von Sachsen-Weimar in Eisenach erfolgte heute unter begeisterten Kundgebungen einer gewissen Volksmenge vor dem Palais. Die Festlichkeiten wurden vom Bürgermeister Hartmann im Namen der Stadt Eisenach bestritten, dazu sind eine Militärkapelle am Marktplatz und Festlicht im Schloß hat. Die Stadt war glänzend dekoriert.

**Wissenschaft, Kunst und Theater.** **W. Weimar.** 20. April. Die Hiesige Handschrift von Goethes „Wilhelm Meister“ ist, wie der Zeitung „Deutschland“ mitgeteilt wird, durch Entgegenkommen des hiesigen Preises und im Einverständnis mit der Direktion des Goethe-Schiller-Archivs in Weimar den Goetheischen Intendanten unter Anerkennung ihrer Unberechenbarkeit künstlich überlassen worden und befindet sich bereits in den Händen des Dr. Sulz in Weimar. Später soll die Handschrift dem Goethe-Schiller-Archiv einverleibt werden.

**Kongresse und Ausstellungen.** - **Die adle ordentliche Versammlung des Landesvereins preussischer Volkskatholiken** wird in den Pfingsttagen dieses Jahres vom 14.-18. Mai in Berlin tagen. Die Versammlungen werden im Reichstagsgebäude stattfinden. - **Geschäftlich** finden die zweite Hauptversammlung der Wirtschaftlichen Hilfskassen des Landesvereins und die dritte Hauptversammlung des Deutschen Vereins abhinderer Schenkens in Weimar (gleichfalls im Reichstagsgebäude) statt.

### Deutscher Reichstag.

68. Sitzung vom 20. April, 12 Uhr.

Am Bundeskanzler: Caspar.

Die erste Lesung.

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt.

**Abg. Anders (fortf. Sp.):** Die Vorlage enthält einige sehr wertvolle Bestimmungen, derenhalten ich ein Scheitern aber auch nur eine Verheerung der Vorlage sehr bedauern müßte. So die Unterbrechungsversicherung, die Einbeziehung der landlichen Arbeiter in die Krankenversicherung. Aber auch dem Ausdehnung auf die Hausarbeiter ist dringend. Doch der Entwurf diese Fürsorge für die Heimarbeiter bringt, ist freudig zu begrüßen. Leider fehlt der Entwurf die Aufnahme der Heimarbeiter in die Landfrankenstellen. Auf jeden Fall, damit will ich schließen, halten wir diesen Entwurf für einen sehr wichtigen und wertvollen für eine hochbedeutende Aufgabe. Für eine Aufgabe, die unter allen Umständen gelöst werden muß, mag das Schicksal der Vorlage auch sonst sein wie es wolle.

**Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):** Die Regierung ist in der Vorlage vielfach den Wünschen der Berufsvereinigungen in besonderem Maße entgegengekommen. Auch hinsichtlich der landlichen Unternehmerwürde erfüllt, namentlich auch die des Zentralverbandes in Bezug auf Halbierung der Krankenversicherungsbeiträge. Auffällig ist, wie sich jetzt die Agrarier und die Herren vom Zentralverbande Industrieller zusammengefunden haben. Dem einseitigen Interesse, wie ihn der Entwurf vorlägt, setzen wir

### Ausland.

Das österreichische Abgeordnetenhaus beendete am Mittwoch die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Dienstpragmatik und verabschiedete den Entwurf an die Kommission.

Die eingeschriebenen Seutele in Vorderau haben am Mittwoch nachmittag die Arbeit wieder aufgenommen.

Der angelegte türkisch-französische Zwischenfall. Der „Agence Havas“ zufolge ist über den bereits gemeldeten neuen türkisch-französischen Zwischenfall im Hinterlande von Tripolis bisher eine Nachricht aus französischer Quelle in Paris nicht eingegangen. Dort wird dem ganzen Zwischenfall eine ernsthafte Bedeutung nicht beigemessen.

**England.** Die Reichsbank hat infolge der Erklärung des Finanzministers er erwartet, daß der Wert der Pfundsterling von 12 1/2 Millionen auf 10 Millionen sinken wird. In diesem Sinne wurde die Vorlage betreffend die Erwidmung von Gesandtschaften in Sofia und Marokko angenommen.

**Großbritannien.** Im Unterhause wurden alle Resolutionen, auf denen das Budget 1909/1910 basiert ist, mit Mehrheiten von durchschnittlich 85 Stimmen angenommen. Darauf wurde das Finanzgesetz für das vergangene Jahr unter dem Befehl der Ministerien formell wieder eingebracht.



